

Angst vor Neuwahl

Linke.NRW beschließt "konsequente, entschlossene Enthaltung" zum Landeshaushalt

Die Linksfraktion wird sich bei der Abstimmung zum Landeshaushalt der rosa-grünen Minderheitsregierung am kommenden Mittwoch im Landtag von NRW enthalten. Diese Empfehlung beschloss der Landesrat der Partei heute in Bochum mit überwältigender Mehrheit. Die Enthaltung der Linksfraktion verschafft der Minderheitsregierung die Haushaltsmehrheit und wirkt sich dadurch politisch wie eine Zustimmung zum Landeshaushalt aus.

Das Ergebnis der Abstimmung auf dem kleinen Parteitag entspricht dabei den Wünschen der Linksfraktion, die sich bereits im Vorfeld für eine Enthaltung ausgesprochen hatte. Die Abgeordneten, allen voran Fraktionschef Wolfgang Zimmermann, vertreten, dass der Haushalt zwar kein linker sei, aber viele kleine Schritte in die richtige Richtung beinhalte. Zimmermann führte aus, dass in NRW anders als in den Bundesländern, in denen SPD und Grüne über eine eigene Haushaltsmehrheit verfügen, kein rigoroses Spardiktat vorgelegt worden sei. Vielmehr enthalte der Haushaltsentwurf eine ganze Reihe von Verbesserungen für Teile der Bevölkerung.

Die "roten Linien" des Linkspartei-Wahlprogramms verletze der Haushalt nicht, führten nacheinander verschiedene Mitglieder der Linksfraktion aus. So gebe es keinen Personal- oder Sozialabbau und es werde auch nicht weiter privatisiert. Für die Kommunen seien 600 Mio. Euro mehr als unter schwarz-gelb eingestellt. Eine Ablehnung dieses Haushalts kleiner Verbesserungen gegen über den Haushalten der Regierung Rüttgers sei auch gegenüber der eigenen Wählerschaft nicht vermittelbar. Der erstmals mit Landesmitteln bedachte Flüchtlingsrat, Sozialverbände und die Gewerkschaft Ver.di hätten die Fraktion bereits dringend um Zustimmung zum Haushalt gebeten.

Dieser Sichtweise widersprachen führende Mitglieder des Landesvorstands der Partei energisch und gut begründet. Landessprecher Hubertus Zebel ordnete in einer Grundsatzrede den Haushaltsentwurf trotz der kleinen Verbesserungen als neoliberalen Sparhaushalt ein. Der Haushaltsentwurf stehe voll und ganz unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung. Mehreinnahmen würden nicht etwa für Bildung, Soziales oder die notleidenden Kommunen, sondern zur Bankenrettung und Schuldentilgung verwendet. Entgegen den Aussagen der Fraktion würde Personal abgebaut und zwar 700 Stellen. Viele davon beim Landesbetrieb für Straßenbau. Zuende gedacht zeige dies, dass auch eine stille Privatisierung weitergetrieben werde. Faktisch werden Teile der bisherigen Arbeit des Landesbetriebs für Straßenbau mit dem Stellenabbau dort outgesourct. Durch die fortbestehende Unterausstattung der Kommunen würden im übrigen dort Sozial- und Personalabbau sowie die Schaffung zahlreicher PPP-Projekte vorangetrieben.

Landesvorstandsmitglied Steffi Karger erklärte, dass bei den kleinen und mittelgroßen Kommunen die Haushaltsslage sich auch unter rosa-grün weiter verschärft habe und der Haushaltsentwurf diese Tendenz nicht umkehre. "Da, wo ich herkomme," sagte sie, "ist eine Enthaltung zum Haushalt der politische Tod." Im übrigen sei ihr als Mitglied des ver.di-Landesbezirksvorstands kein Beschluss auf der Landesebene bekannt, in dem die Linksfraktion aufgefordert werde, dem Haushalt zuzustimmen.

Der stellvertretende Landessprecher Thies Gleiss bemühte sich nach Kräften mit der Mär aufzuräumen, dass ein Nein der Linksfraktion zum Haushalt automatisch zu Neuwahlen und perspektivisch zu einem Ausscheiden aus dem Landtag führen müsse. Neuwahlen, so Thies Gleiss, werden kommen, wenn SPD und CDU sich davon Zugewinne versprechen, egal wie die Linksfraktion sich verhält. Durch eine Enthaltung verliere die Partei weiter an

politischem Profil; denn nichts stehe eher für Konturlosigkeit und magelnde politische Konsequenz.

Die Generaldebatte war bestimmt von zwei großen Linien. Zum Einen erläuterten Mitglieder der Landtagsfraktion oder deren MitarbeiterInnen die Möglichkeiten auf die Minderheitsregierung Einfluss zu nehmen und dabei Erfolge zu erzielen. Diese Möglichkeiten sollte die Partei der Fraktion möglichst erhalten. Zum anderen beherrschte die Angst vor Neuwahlen die Debatte. Die Delegierten fürchten um den Wiedereinzug in den Landtag angesichts von Umfrageergebnissen von 4%. Die Partei sei zudem "nicht für einen Wahlkampf aufgestellt" hieß es mehrmals. In vielen Kreisverbänden gebe es interne Streitigkeiten, die seit der Kommunalwahl im Herbst 2009 bereits zum Verlust von ca. 50 kommunale MandatsträgerInnen geführt hätten. Man brauche nun Zeit für eine Konsolidierung.

Bemerkenswert war in der Debatte, dass viele RednerInnen die Mängel des Haushaltsentwurfs genauso sahen wie der Landesvorstand. Nur waren die meisten von ihnen, anders als der Landesvorstand, nicht bereit die politische Konsequenz zu ziehen. Linksradikaler Rhetorik folgte in vielen Beiträgen die platte Bauchlandung im Taktizismus. Besonders beschämend waren dabei die taktischen Verrenkungen einiger Parteilinker.

Die Debatte endete mit einer vernichtenden Niederlage für den Landesvorstand. Ungefähr 85% der anwesenden 122 Delegierten votierten für einen Antrag des Kreisverbands Köln, mit dem der Fraktion die Enthaltung zum Haushalt vorgeschlagen wurde.

Da der kleine Parteitag anschließend noch die Zustimmung zum Finanzplan der Schatzmeisterin für die Landespartei verweigerte und den Umzug der Landesgeschäftsstelle nach Bochum rügte, kann mit Recht gesagt werden, dass der im Juli 2010 gewählte Landesvorstand auf diesem Landesrat keinen politischen Rückhalt mehr hatte.

Der Landesrat beleuchtet schlaglichtartig die politische Entwicklung im Landesverband NRW der Partei DIE LINKE. Der weit links aufgebrochene Landesverband ist nur ein Jahr nach dem Einzug in den Landtag offenbar in der Realpolitik angekommen. Trotz aller Aufrufe die Landespartei müsse ihre Mobilisierungsfähigkeit verbessern, wird der Parlamentarismus mit seinen Möglichkeiten und Zuwendungen geschätzt und überbewertet. Praktisch werden dann für Mandate, Mitarbeiter, Büros und Gelder die politischen Grundsätze und die Glaubwürdigkeit zur Verhandlungsmasse.

Edith Bartelmus-Scholich, 15.5.2011